

FDP
Die Liberalen

48. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen

SCHWEIZER

FREISINN

Wir machen die Schweiz stark!



Keine neuen Steuern

Damit den Bürgerinnen und Bürger mehr bleibt

Unser Positionspapier

Für alle, die den Wecker stellen

Seiten 4–7

Neue Verträge mit der EU

Argumente dafür und dagegen

Seiten 16–19

Volksabstimmung vom 28.9.2025

Unsere Parolen

Seiten 15+20



Adieu

und auf Wiedersehen!

Liebe Freisinnige

Im letzten Editorial habe ich hervorgehoben, wie anstrengend es zuweilen ist, nach freiheitlichen Werten zu leben. Es bedeutet, dass wir uns jeden Tag anstrengen müssen. Denn Freiheit ist alles andere als selbstverständlich, sie muss jeden Tag errungen werden. Wenn wir auf die Weltpolitik der letzten Wochen zurückblicken, zeigt sich umso mehr: Das liberale Gesellschafts- und Wirtschaftsmodell ist vielerorts gefährdet. Mit seiner Zollpolitik handelt US-Präsident Trump entgegen den Prinzipien, für welche wir Freisinnigen einstehen: Verlässlichkeit, Freihandel und eine regelbasierte Weltordnung.

Schweizer Wohlstand steht auf dem Spiel

Trumps Zollentscheid von 39 Prozent ist absurd. Offenbar geht es dem US-Präsidenten angesichts der enormen Staatsverschuldung der USA in erster Linie darum, die Staatskasse zu füllen. Dafür nimmt er auch mittelfristig negative Effekte für die Volkswirtschaft der USA in Kauf. Der Bundesrat ist nun gefordert, die Verhandlungen mit den USA fortzuführen und nach einer tragfähigen Lösung zu suchen. Gleichzeitig darf sich die Schweiz nicht auf diplomatische Lösungen verlassen, sondern muss sich auf das Worst-Case-Szenario vorbereiten. Die USA sind als einzelnes Land der wichtigste Handelspartner der Schweiz. Zölle in dieser Höhe würden Schweizer Export-

produkte massiv verteuern – mit gravierenden Folgen für unsere Unternehmen, Arbeitsplätze und Löhne.

Innenpolitische Weichen stellen: Jetzt!

Innenpolitisch gilt es, jetzt die richtigen Weichen zu stellen. Die Schweizer Firmen brauchen gute Rahmenbedingungen, um sich auch unter erschwerten globalen Bedingungen behaupten zu können. Dazu gehören insbesondere tiefe Produktions- und Standortkosten. Zur Stärkung der Wirtschaft hat die FDP kürzlich den 9-Punkte-Plan «Arbeit schützen, Staat sanieren, besser leben» verabschiedet. Die Umsetzung dieses Programms ist nun dringlicher denn je. Das ist die einzige richtige Antwort auf die schädliche Anspruchspolitik von Mitte/links, aber auch auf die aktuelle Zollpolitik der US-Regierung. Wenn Zölle die Kosten unserer Exportprodukte verteuern, müssen wir in der Schweiz die Produktionskosten senken.

E-ID als Meilenstein für die digitale Zukunft

Ebenso braucht ein wettbewerbsfähiges Land moderne, praktikable digitale Rahmenbedingungen. Die Schaffung einer elektronischen Identität entspricht einer langjährigen FDP-Forderung. Wir erhalten damit eine Grundlage für die digitale Transformation. Das stärkt die Schweizer Unternehmen in der internationalen Konkurrenz und etabliert die Schweiz als attraktiven und innovativen Standort. Gegenüber der

im Jahr 2021 abgelehnten Vorlage wird der Bund die e-ID selbst ausstellen. Ebenso werden die persönlichen Daten dezentral auf dem Smartphone der Nutzer gespeichert, was die Kontrolle über die eigenen Daten gewährleistet und den Datenschutz verbessert.

Ja zur Abschaffung des Eigenmietwerts

Jetzt ist es endlich so weit: Die Abschaffung des Eigenmietwerts ist auf der Zielgeraden. Das Volk entscheidet am 28. September über zwei verknüpfte Vorlagen. Zum einen soll der Eigenmietwert per Bundesgesetz abgeschafft werden. Zum anderen wurde eine Verfassungsänderung beschlossen, mit der die Kantone neu die Möglichkeit erhalten, eine Immobiliensteuer auf Zweitwohnungen einzuführen. Die beiden Vorlagen sind rechtlich verbunden. Volk und Stände sagen somit zum Gesamtpaket JA oder NEIN. Der Eigenmietwert ist eine ungerechte Steuer auf ein Einkommen, das es gar nicht gibt. Das heutige System belohnt die Verschuldung: Wer seine Hypothek nicht abbezahlt, also Schulden macht, profitiert steuerlich. Dieser Fehlanreiz gehört korrigiert. Anteilsmässig wird der Abzug von privaten Schuldzinsen aber weiterhin möglich sein. Ebenso bleiben Unterhaltsabzüge unter gewissen Voraussetzungen möglich (z.B. an historischen Gebäuden, vermieteten Liegenschaften und auf kantonaler Ebene für Energiesparmassnahmen etc.). Besonders hart trifft der Eigenmietwert Familien und ältere Menschen. Das ist nicht fair. Wir wollen ältere Menschen von dieser Belastung befreien und gleichzeitig dafür sorgen, dass auch junge Menschen wieder eine echte Chance haben, Wohneigentum zu erwerben.

Adieu und auf Wiedersehen

Liebe Freisinnige, damit habe ich meine präsidentalen Worte im Editorial des «Freisinn» das letzte Mal an Sie gerichtet. Es ist eine Freude und Ehre, der freisinnigen Familie als Präsident dienen zu dürfen. Ich habe diese Verantwortung gern wahrgenommen und gebe sie nach diesen vier Jahren mit einem Gefühl der Dankbarkeit für all das Erlebte weiter. Die FDP ist gut aufgestellt, und meine Nachfolge darf auf ein schlagkräftiges und topmotiviertes Team bauen. Mein herzlicher Dank geht an Susanne Vincenz-Stauffacher und Benjamin Mühlemann für ihre Bereitschaft, die Verantwortung für unsere Partei zu übernehmen. Ich bin überzeugt: Das «Team Vincenz-Mühlemann» wird den liberalen Pfad erfolgreich weitergehen und uns in eine aussichtsreiche Zukunft führen. Danke für Ihren Zuspruch, Ihr Mitdenken und Ihre Treue gegenüber mir, der freisinnigen Idee und dem designierten Co-Präsidium!

Ihr Thierry Burkart,
Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz

Bilder: Maja Riniker, Nationalratspräsidentin

Maja Rinikers Präsidentialjahr

Im Einsatz für unsere wunderbare Schweiz



WAHLTAG

Am 2. Dezember wurde ich zur Nationalratspräsidentin gewählt – das grosse Vertrauen motiviert und verpflichtet.



BUNDESRATSWAHLEN

Am 12. März durfte ich die Bundesratswahlen leiten, Bundesrat Martin Pfister zur Wahl gratulieren und Viola Amherd für ihren Einsatz danken.



JAPAN-REISE

Während meiner Delegationsreise nach Japan stand die Vertiefung der bilateralen Beziehungen in Handel, Innovation und Forschung im Zentrum.



150 JAHRE BUNDESGERICHT

Am 15. Mai feierten wir in Lausanne 150 Jahre Bundesgericht, das ein zentraler Pfeiler unserer Demokratie bleibt.



BLATTEN-ÜBERFLUG

Am 21. Juni überbrachte ich Blatten die Solidarität der Bundesversammlung – die Zerstörung und Schicksale vor Ort haben mich tief bewegt.



SOMMERSESSION

Die Ratsleitung ist die wichtigste Aufgabe einer Nationalratspräsidentin und erfordert hohe Aufmerksamkeit.



UKRAINE-REISE

Meine Reise Anfang Juli nach Kiew, Charkiw und Winnyzja zeigte mir den Mut und die Entschlossenheit der Menschen in der Ukraine.



KONFERENZ IM AARGAU

In der im Juli stattfindenden Konferenz diskutierten wir mit deutschsprachigen Kolleginnen und Kollegen über Vertrauen in Parlamente und die Weiterentwicklung der Demokratie.



IPU-KONFERENZ IN GENÈVE

Beim IPU-Treffen Ende Juli in Genf stand der weltweite Beitrag der Parlamente zu Frieden, Gerechtigkeit und Dialog im Fokus.

Bilder: Jannik Kaiser



Mischa Nyffenegger (25),
Spezialfahrzeugbauer.
Sein Tag startet morgens
um 6 Uhr. Jedes Fahrzeug
ist ein Unikat – darum
muss er sich immer
wieder neu überlegen,
wie er die komplexe
Technik genau umsetzen
kann. Die tägliche
Herausforderung,
individuelle Lösungen zu
finden, macht seinen Job
aus.

Anlässlich der Delegiertenversammlung vom 28. Juni 2025 in Hergiswil nahmen die Delegierten der FDP einstimmig ein neues 9-Punkte-Programm zur Wirtschaft an. Dies, um die Menschen in der Schweiz und ihre Arbeitsplätze zu schützen. Denn für Freiheit, Sicherheit und soziale Stabilität müssen Chancen genutzt und Leistung belohnt werden – und nicht umverteilen, was noch gar nicht erwirtschaftet wurde.

ARBEIT SCHÜTZEN

1. Keine neuen Steuern

Die FDP wird verhindern, dass Bürgerinnen und Bürger durch neue Gebühren, Abgaben und Steuern belastet werden. Schon heute greift der Staat gleich mehrfach zu: Er besteuert die Arbeit und den Konsum des erarbeiteten Lohns. Arbeit stiftet Sinn und Wert, sie ermöglicht ein erfülltes und unabhängiges Leben. Wer sie belastet, greift tief in den individuellen Lebenswandel der Menschen ein. Die Lücke zwischen dem Lohn gemäss Arbeitsvertrag und der Überweisung am Ende des

Monats ist in der Schweiz bereits viel zu gross. Die Linke spricht von «Kaufkraft», will aber die Löhne noch weiter schwächen und den täglichen Einkauf noch schärfer besteuern. Schluss damit!

Wir werden keinen Rappen Mehrbelastung bei den Löhnen akzeptieren und jede Steuererhöhung bekämpfen. Es darf nicht sein, dass die arbeitenden Menschen nicht selbst entscheiden

können, was mit ihrem Geld geschieht. Für die FDP ist klar: Arbeit soll sich wieder lohnen. Die Steuer- und Abgabenlast muss sinken. Dazu gehört neben dem Ausgleich der kalten Progression, die durch die Geldentwertung entsteht, auch der Ausgleich der warmen Progression, die durch Produktivitätssteigerungen zu immer höheren Steuersätzen führt. Nur mit einer deutlichen Entlastung wird sich Arbeit für den Mittelstand wieder lohnen.

2. Löhne statt Sozialhilfe

Die letzten Jahre liefen wirtschaftlich gut. Deshalb sind heute weniger Menschen in der Sozialhilfe als beispielsweise noch 2019.

Statt sich darüber zu freuen und jene zu stützen, die wirklich auf Hilfe angewiesen sind, sucht die staatliche Sozialindustrie aktiv neue «Klienten» und baut ihre Leistungen stetig aus. Durch unzählige Zulagen sind manche Sozialhilfeempfänger finanziell besser gestellt, als wenn sie arbeiten würden. Obendrauf hat die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) eine irregeleitete neue Reform beschlossen.

Die SKOS will weg von der Nothilfe, sie baut die Sozialhilfe zu einer Art Vollkaskoversicherung aus. Das ist teuer und erschwert es, dass Menschen schnell wieder auf eigenen Beinen stehen.

Richtig wäre es, den Sozialhilfeempfängern mehr Verantwortung zu übertragen und sie in die Pflicht zu nehmen. Es benötigt eine Differenz zwischen Sozialhilfe und Arbeitsverdienst (Lohnabstandsgebot). Wer arbeitet, muss in jedem Fall mehr in der Tasche haben, als wenn er von Sozialhilfe lebt. Bevor nun die Linken drauflosregulieren: Für den Lohnabstand braucht es angepasste Zulagen in der Sozialhilfe, keine Mindestlöhne. Denn Mindestlöhne vernichten Arbeitsplätze und schaffen zusätzliche Bedürftige.

Über die Sozialhilfe hinaus muss der Staat aufhören, seine Hilfgelder, Unterstützungsleistungen und Subventionen mit der Giesskanne zu verteilen. Wieso etwa soll der Bund die Kinderbetreuung für alle finanzieren, unabhängig davon, ob jemand in dieser Zeit überhaupt arbeitet oder nicht? Wer Geld ohne Gegenleistung verteilt, bestraft jene, die arbeiten.

3. Freihandel – mit allen

Zölle, Kriege und neue Blockbildungen schwächen den Welthandel. Was tun? Kriegstreiber sollen Sanktionen spüren, alle anderen barrierefrei mit der Schweiz handeln können. Nur dank tiefer Steuern, einem liberalen Arbeitsmarkt und wirtschaftlicher Offenheit hat sich unser Land an der Weltspitze etabliert.

«America first» wird schon für die mächtigen USA nicht funktionieren. «Switzerland first» wäre für die Schweiz katastrophal. Der Flirt-Zug von Stadler wird zwar in Bussnang zusammengeschraubt, doch die mehreren hundert Einzelteile kommen aus der halben Welt. Der grenzüberschreitende Handel verbindet nicht nur die Welt, er sorgt auch für einen gesunden Wettbewerb. Er bricht verkrustete Strukturen auf, hinterfragt historisch gewachsene Subventionen,

zerschlägt Kartelle und hält unsere Unternehmen fit.

Besonders rege handeln, geschäften und kooperieren unsere Betriebe mit den EU-Nachbarländern. Die EU kauft fast die Hälfte unserer Waren und Dienstleistungen – und liefert den grössten Teil unserer Importe. Das Schmiermittel dafür sind die bilateralen Verträge. Sie schützen die Schweiz vor dem EU-Beitritt. Sie haben uns pro Kopf wohlhabender gemacht als fast alle EU-Staaten (Luxemburg liegt an der Spitze), weil sie technische Normen vereinheitlichen und den Handel dadurch erleichtern. Und sie verhindern ein Asylchaos. Ohne die Bilateralen dürfte jeder Asylbewerber, der irgendwo in der EU abgelehnt wurde, in der Schweiz ein zweites Gesuch um Aufnahme stellen. Selbst wenn Donald Trump von den massivsten Zöllen abrückt: Die wirtschaftliche Unsicherheit wird bleiben. Sie belastet die Schweizer Exportwirtschaft, die KMU und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Umso wichtiger sind bilaterale Freihandelsabkommen. Die FDP fordert deshalb eine rasche Umsetzung des Abkommens mit Indien, den Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den Mercosur-Staaten und Vietnam sowie die Aktualisierung der Abkommen mit Japan, China und Mexiko. Auch mit den USA braucht es Sondierungsgespräche. Kein einzelner Wirtschaftszweig darf diese Gespräche blockieren. Sie sind für unsere kleine, offene Volkswirtschaft überlebensnotwendig.



Didi Demarmels (30), Transportunternehmer. Er beginnt um 5.30 Uhr. Erst wenn alle Fahrten ausgeführt und die Lastwagen parkiert sind, gehen er und sein Team nach Hause.

STAAT SANIEREN

4. Generationenvertrag erneuern

Die Schuldenbremse geniesst in der Schweiz Kultus. Sie soll künftige Generationen vor dem Leichtsinns der Politiker schützen. Doch an der Schuldenbremse vorbei hat die Politik ein neues Billionenloch geschaufelt. Es besteht nicht aus Staatsschulden, sondern aus ungedeckten Rentenversprechen. Experten sind sich einig: Das System der umlagefinanzierten Rente stösst an seine Grenzen. Als die AHV 1948 gegründet wurde, betrug die Lebenserwartung eines 65-Jährigen 14 Jahre. Heute sind es bereits 24 – Tendenz steigend. Damals gab es für jeden Rentner sechs potenzielle Erwerbstätige. Heute kommen auf einen Menschen über 65 noch drei Menschen im erwerbsfähigen Alter. Bis 2050 werden es nur noch zwei sein.

Was heisst das? Die aktuellen Rentenversprechen der AHV belaufen sich auf sage und schreibe 1200 Milliarden Franken. Die Linke zählt darauf, dass eine Allianz von sozialistischen Umverteilern und egoistischen Nettobezüglern jede echte AHV-Reform verhindert. SVP und Mitte beteiligen sich am traurigen Spiel und verteilen munter weiteres Geld, das der Mittelstand bezahlen muss. Wir Freisinnigen haben ein positiveres Bild von der

pensionierten Generation. Wir wissen, dass sie den Wert von Arbeit, Fürsorge und Verantwortung besser als jede andere kennt. Deshalb wird die FDP zusammen mit bürgerlichen Rentnerinnen und Rentnern weiterkämpfen – für die aktiven, die jüngsten und die ungeborenen Generationen. Klar ist, dass der Maurer, die Gerüstbauerin oder die Pflegefachperson nicht bis 70 arbeiten können. Ebenso klar ist, dass wir die Jungen nicht länger ausbeuten und die Älteren nicht länger aussortieren dürfen. Das Rentenalter 65 ist ungerecht. Es muss fallen. Egal, wie viele Anläufe es dazu braucht. Höchste Zeit für eine Reform der Altersvorsorge, die diesen Namen verdient.

5. Ja zum Entlastungspaket

Jahrzehntelang haben die Politikerinnen und Politiker in Bundesbern sorglos neue Ausgaben und Subventionen beschlossen. Nun rutscht der Bund in die roten Zahlen. Ein erster, wichtiger Schritt ist die Kostendämpfung im Entlastungspaket 27. Diese ist unumgänglich, um die Ausgabenfreude des Parlaments zu zügeln und gleichzeitig die zwin-

gend notwendige Wiederaufrüstung der Armee zu sichern. Nachdem unsere Verteidigungsfähigkeit in den langen, verhältnismässig friedlichen Jahren nach dem Kalten Krieg aufgegeben wurde, müssen jetzt die Prioritäten neu gesetzt werden. Nur so kann die Freiheit und Sicherheit der Schweiz bewahrt werden.

Sparpotenzial gibt es mehr als genug. Mit dem Entlastungspaket 27 kann auf drei bis vier Milliarden Franken verzichtet werden, also auf genau jenes Geld, das im Bundesbudget fehlt. Zum Vergleich: Jährlich gibt der Bund rund 85 Milliarden Franken aus. Mehr als die Hälfte davon sind Subventionen. Wenn die SP bei den vorgeschlagenen Massnahmen von einem Kahlschlag spricht, so führt sie die Bevölkerung schamlos hinter das Licht. Das Entlastungspaket 27 ist nicht einmal ein Sparprogramm: Trotz der Massnahmen steigen die Bundesausgaben munter weiter, bloss etwas weniger rasant. Ebenso unehrlich politisieren jene, die das Paket von Minderausgaben aufschneiden wollen. Wenn im Parlament jede Minderausgabe einzeln verhandelt wird, geht die Leidenssymmetrie verloren – und die Lobbys setzen sich durch.



Susanna Fabro (42) und Maria Marinelli (27) arbeiten in der Elektronikproduktion des Sensorspezialisten Baumer im Schichtbetrieb. In ihrer Arbeit sind Präzision und Teamarbeit in perfekter Abstimmung entscheidend.

6. Personalstopp beim Bund

Die Verwaltung wächst auf allen staatlichen Ebenen, und das insgesamt deutlich schneller als die Bevölkerung. Allein der Bund schafft jedes Jahr rund 450 neue Stellen. Während der Staat kräftig ausgebaut wird, fehlt es in der Privatwirtschaft an Fachkräften. Besonders fatal: Viele der Staatsangestellten sind kompetent, engagiert und kreativ. Bei ihrer Arbeit entdecken sie immer neue Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft, die sie regulieren und kontrollieren können. Durch diesen Schneeballeffekt wächst die Bürokratie selbstständig weiter – mit enormen Folgen für Selbstständige, KMU, Grossbetriebe, inter-

nationale Unternehmen und für die Bürgerinnen und Bürger.

Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat kürzlich die Bürokratiekosten für Schweizer KMU berechnet. Sie belaufen sich mittlerweile auf über sechs Milliarden Franken pro Jahr. Zudem fehlen den privaten Unternehmen wertvolle Arbeitskräfte, die ihnen der Staat mit goldenen Arbeitsverträgen abwirbt. Der Bund lockt mit mehr Ferien, besserer Vorsorge, einem ausgebauten Kündigungsschutz und Lohnprämien von bis zu 14 Prozent.

Die FDP will hier die Reissleine ziehen. Es braucht einen Personalstopp beim Bund und seinen externen Dienstleistern – denn auch der Speckgürtel von Beratungsfirmen im Umfeld des Bundes ist zu gross. Selbst wenn der Bund neue Aufgaben übernimmt, braucht er deswegen seinen Personaletat nicht stetig aufzublähen. Jedes KMU im Land ist es sich gewohnt, für neue Geschäftsfelder das richtige Personal zu rekrutieren – und in anderen Bereichen abzubauen. So müsste auch der Bundesrat aufzeigen, auf welche Staatsaufgaben verzichtet werden und was durch die Digitalisierung effizienter erledigt werden kann.

BESSER LEBEN

7. Ersparnisse schützen

Der grösste finanzielle Schatz, den sich Schweizerinnen und Schweizer in ihrem Leben ersparen, ist ihre Pensionskasse. Hier reifen die Früchte der eigenen Arbeit, verdoppelt von den Arbeitgebern und gemehrt vom «dritten Beitragszahler»: Weil ein PK-Vermögen über Jahrzehnte angelegt wird, wachsen mit dem Erfolg an den Finanzmärkten auch die privaten Ersparnisse. Sind das die «Spekulanten», gegen die die SP so leidenschaftlich hetzt? Ist das der Grund, weshalb sie nach den Vorsorgevermögen greift? Die SP diffamiert das individuelle Sparen als «unsinnige Anhäufung von Kapital». Auf ihren Druck wird eine Vorsorgesteuer geplant, die Kapitalbezüge im Ruhestand bestraft. Die Absicht der SP ist klar. 2024 sprach die JUSO sie erstmals aus: In einer Resolution fordert die SP-Jungpartei unverblümt, die zweite Säule abzuschaffen.

Die FDP wird diese Angriffe aufs Vorsorgevermögen mit allen politischen Mitteln bekämpfen. 6760 Bürgerinnen und Bürger haben mit der FDP eine eigene Vernehmlassungsantwort gegen die neue Steuer eingereicht. Dabei geht es nicht nur darum, dass eine neue Steuer auf bestehende Sparvermögen gegen Treu und Glauben verstösst. Es geht auch um Werte. Zur individuellen Selbstbestimmung jedes Menschen gehört die Freiheit, sich ein finanzielles Polster zu erarbeiten. Es macht glücklich, unabhängig und ohne finanzielle Sorgen in die Zukunft zu schauen. Unabhängig auch vom Staat.

8. Wohneigentum ermöglichen

Der Wunsch nach den eigenen vier Wänden ist ein Traum, den viele Schweizerinnen und Schweizer

hegen. Die FDP fordert: Wer fleissig arbeitet und spart, soll ihn sich erfüllen können. Wir kämpfen dafür, dass Wohneigentum für junge Familien und den Mittelstand wieder möglich und wirksam gefördert wird. Genau so, wie es eigentlich 144 auch in der Bundesverfassung steht (Art. 108).

Der Schlüssel dazu liegt in der Beschleunigung des Wohnungsbaus. Nirgendwo sonst spürt der Bürger die Bürokratie so direkt. Ein Dickicht an Vorschriften, endlose Verfahren und linke Diktate in den Städten verhindern, dass genügend Wohnraum entsteht. Weil viel zu wenig gebaut wird und gleichzeitig die Nachfrage steigt, explodieren die Preise und Mieten. Potenzial gibt es genug, auch ohne Neubau auf der grünen Wiese. Bestehende Gebäude können aufgestockt, leerstehende Büro- und Gewerbeflächen umgenutzt werden. Lassen wir im Bau wieder den gesunden Menschenverstand walten! Von der Planung bis zum Bagger darf bei Wohnraum nicht mehr als ein Jahr vergehen. Erfolgreiche Einsprachen müssen eine Kostenfolge haben. Und wenn der Denkmalschutz nicht eingegrenzt wird, haben wir bald nur noch wunderschöne Siedlungen, die sich keiner leisten kann.

9. Stark für die Schwachen

Wer jemals ein anderes Land bereist hat, besonders ausserhalb von Westeuropa, der weiss: Elend, Hunger und extreme Armut existieren. Aber nicht in der Schweiz. Unser soziales Auffangnetz ist stark. Das ist ein Grund, um stolz zu sein. Über 23 Milliarden Franken fliessen jedes Jahr in Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Prämienverbilligungen und

Invalidentrenten, und die FDP steht zu diesen Sozialwerken.

Aber Solidarität muss man sich leisten können. Und das kann die Schweiz, weil sie international erfolgreichen Unternehmen einen attraktiven Standort bietet. Verhältnismässig tiefe Steuern, vernünftige Regulierung, ein liberaler Arbeitsmarkt, Innovation, Grundlagenforschung und das duale Bildungssystem ziehen Firmen an, die die Staatskassen füllen. Davon profitiert auch, wer keine Hilfe erhält. Weshalb sind die Löhne eines Kinderbetreuers oder einer Bauarbeiterin in der Schweiz viel höher als in den Nachbarländern? Die herausragende Produktivität in Schlüsselbranchen wie Pharma, Medtech, Spezialchemie, Maschinenbau, Uhren oder Finanzdienstleistungen ist der Motor des Schweizer Wohlstands. Damit dies so bleibt, gehören ideologische Hürden und Denkverbote eingerissen (Gentechnik, Kernkraft, 5G). Es braucht Forschungsfreiheit statt Bürokratie, Technologieoffenheit statt Verboten und Unternehmertum statt Industriepolitik.

Was die Rahmenbedingungen für internationale Unternehmen betrifft, hat die Schweiz den Anschluss verloren. Als erster Schritt muss nun die OECD-Mindeststeuer überprüft werden. Die Schweiz hat diese Steuer vor einem Jahr eingeführt in der Erwartung, dass viele andere Länder nachziehen. Das hat sich nicht bestätigt. Wenn sich die OECD-Mindeststeuer oder ein gleichwertiges Modell bis in 5 Jahren nicht bei den wichtigsten Handelspartnern durchgesetzt hat, muss die Schweiz aussteigen. Zum Schutz unserer Unternehmen. Und aller, die von ihnen leben.

Individualbesteuerung

Bilder: Am 20. Juni 2025 gab nun das Parlament das grüne Licht für die bedeutendste Gleichstellungsreform seit Jahrzehnten. Fotos: Jannik Kaiser, Grafiken: Fanny Dietschi



Fragen und Antworten zur Individualbesteuerung

So einfach geht Individualbesteuerung: Ab dem 18. Lebensjahr wird man als Einzelperson erfasst und bis zum Ende der Steuerpflicht einzeln besteuert – unabhängig vom Zivilstand. Bereits seit 1984 setzt sich die FDP für die Einführung der Individualbesteuerung und die Abschaffung der Heiratsstrafe ein. Am 20. Juni 2025 gab das Parlament nun grünes Licht für die bedeutendste Gleichstellungsreform seit Jahrzehnten.

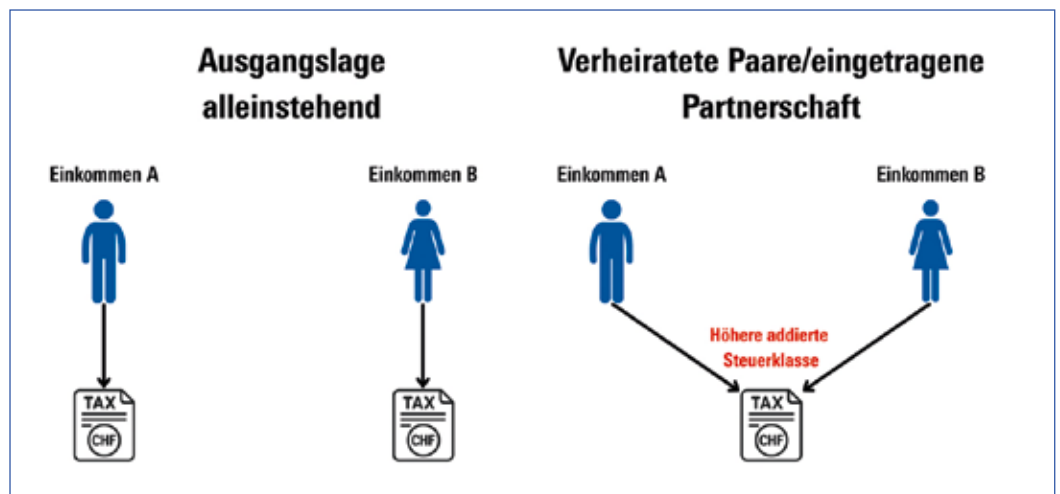
Welche Defizite hat die heutige Besteuerung von Ehepaaren und eingetragenen Partnerschaften?

Alleinstehende Personen werden bereits heute individuell besteuert. Verheiratete Paare und gleichgeschlechtliche Paare in einer eingetragenen Partnerschaft werden hingegen gemeinsam als eine Steuereinheit behandelt. Weil das Einkommen von Verheirateten zusammengerechnet wird, bezahlen sie bei **gleichen Löhnen deutlich mehr Steuern als Unverheiratete**. Dieser Effekt ist als «**Heiratsstrafe**» bekannt.

Die Heiratsstrafe hat zur Folge, dass vor allem in Familien mit Kindern vorwiegend Frauen ihre Arbeit reduzieren oder aufgeben. Zudem führen die hohen Kinderbetreuungskosten während der allfälligen Arbeitszeit zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung der betroffenen Familien – sprich, ein Zweiteinkommen lohnt sich finanziell oft nicht.

Was genau ist eigentlich die Individualbesteuerung?

Dank der Individualbesteuerung werden Bürgerinnen und Bürger künftig **individuell und unabhängig ihres Zivilstandes besteuert**. Somit entfallen



die Heiratsstrafe sowie der bürokratische Mehraufwand nach der Heirat beziehungsweise dem Eintrag der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft oder im Falle einer Scheidung.

Wieso ist die Individualbesteuerung besser als das Vollsplitting?

Anders als bei der Individualbesteuerung werden beim Vollsplitting die Einkommen beider Partner

noch immer addiert. Diese Gesamtsumme wird dann halbiert und beide Partner füllen eine eigene Steuererklärung für das halbierte steuerbare Vermögen aus.

Bei der Einführung der Individualbesteuerung wird zu Beginn beim Wechsel weg vom heutigen System ein zusätzlicher bürokratischer Initialaufwand geleistet werden müssen. Sobald dieser

Systemwechsel jedoch vollzogen ist, **entfällt der bisherige zivilstandsgebundene bürokratische Aufwand permanent**.

Beim Vollsplitting hingegen steigt der langfristige bürokratische Aufwand. In einem ersten Schritt müssen die Vermögen beider Partner addiert werden, woraus dann das steuerbare Vermögen berechnet wird. Dieses wird, in einem zweiten Schritt, halbiert und beide Partner füllen dann ihre individuelle Steuererklärung auf dieses halbierte («gesplittete») Vermögen aus. **Somit ist klar, dass die Individualbesteuerung – verglichen mit dem heutigen System und dem Vollsplitting – zu einer Reduktion des bürokratischen Aufwands und den damit verbundenen Kosten führt.**

Wird die Reform zu erheblichen Steuerausfällen für die Kantone führen?

In einer ersten Phase werden für die Kantone durch die Einführung der Individualbesteuerung Übergangskosten und temporäre Steuer ausfälle anfallen. Im Gegenzug können die Kantone gemäss verschiedenen unabhängigen Studien mit einer **Erhöhung der Erwerbsquote von Paaren** rechnen. Dies führt wiederum zu einem Anstieg der Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge.

Langfristig werden die **Kantone** also von der Einführung der Individualbesteuerung **finanziell profitieren**. Zudem steigt die Zahl an Erwerbstätigen, was angesichts des Fachkräftemangels und des demografischen Wandels (Pensionierung der Baby-boomer-Generation) notwendig ist.

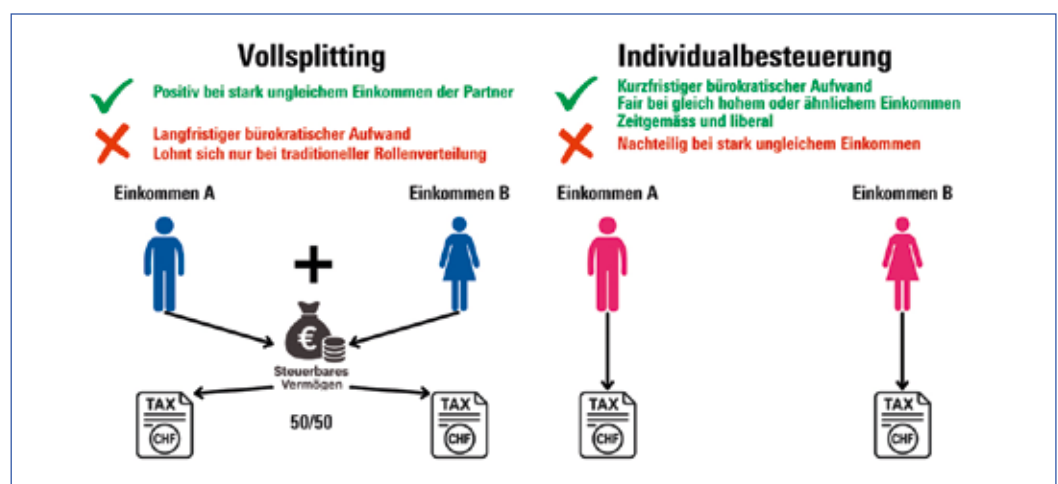
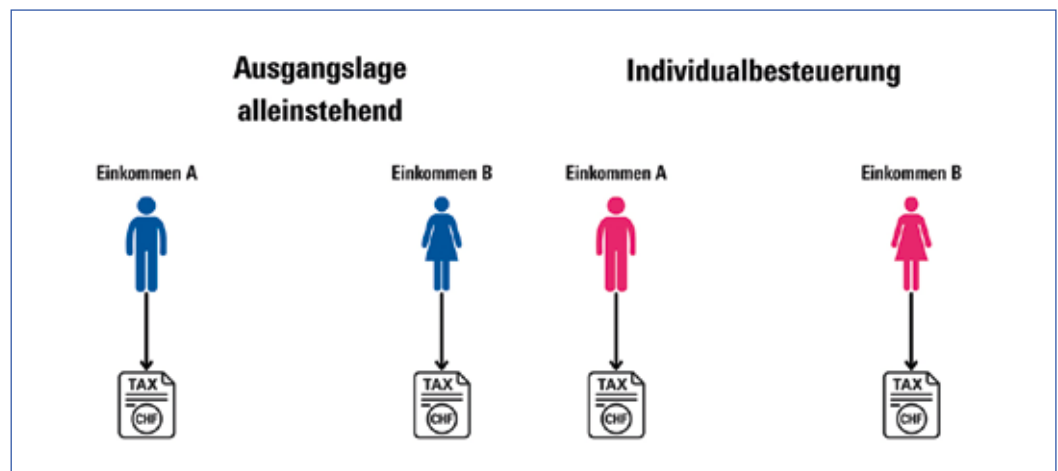
Wie viele Bürgerinnen und Bürger müssen durch die Individualbesteuerung mehr Steuern zahlen?

Nur 14% der Steuerzahler werden mit der Einführung der Individualbesteuerung geringfügig mehr Steuern bezahlen müssen. Der Grund dafür ist, dass sie heute aufgrund ihrer Familienkonstellation (beispielsweise durch das Einverdienermodell oder einen signifikanten Unterschied zwischen den Einkommen beider Partner) einen Steuervorteil geniessen.

Für 35% wird sich nichts ändern, während rund **50% der Steuerzahler künftig weniger Steuern zahlen müssen**.

Wird die Individualbesteuerung das traditionelle Familienmodell zerstören und Frauen bestrafen, die nicht erwerbstätig sind?

Nein, Frauen, die nicht arbeiten können oder wollen, werden durch die Individualbesteuerung nicht benachteiligt. Alle sollen exakt gleichbehandelt werden. Künftig wird kein Modell bevorzugt. Die individuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit



von Einverdienerhaushalten wird durch einen erweiterten Abzug für den verdienenden Ehepartner berücksichtigt.

Warum soll die Individualbesteuerung gerade jetzt eingeführt werden?

Das derzeitige Steuersystem basiert noch auf einem Familienbild aus dem letzten Jahrhundert: Der Mann arbeitet, die Frau bleibt zu Hause und kümmert sich um den Haushalt und die Kinder.

Unsere heutige Gesellschaft ist jedoch vielfältiger und umfasst eine Vielzahl unterschiedlichster Lebensmodelle. **Die Individualbesteuerung deckt alle Modelle ab und behandelt alle gleich** – sie ist also zeitgemäss und liberal.

Zusammengefasst **kommt die Reform sowohl der Wirtschaft als auch der Gesellschaft zugute**.

- Der Bund, die Kantone und die Gemeinden profitieren langfristig durch vermehrte Zweiteinkommen in Familien (unabhängig der Familienkonstellation) von höheren Steuereinnahmen.
- Unternehmen profitieren von einem grösseren Pool an qualifizierten Arbeitskräften.
- Die gesamte Schweizer Wirtschaft profitiert von einer höheren Wertschöpfung.

- Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird gestärkt, da die Erwerbstätigkeit und die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Frauen gefördert werden. Dies ohne irgendwelche künstlichen Quoten, sondern ganz simpel durch den Abfall der Heiratsstrafe.



«Finden Sie hier unsere laufend aktualisierte Seite mit Fragen und Antworten rund um die Individualbesteuerung!»



Fanny Dietschi, Verantwortliche «Freisinn»

Bild: Sebastian Blättler



Taiwan kombiniert digitale Verwaltung, klare Regeln und gezielte Talentförderung – und überholte damit die Schweiz im «Ease of Doing Business»-Ranking deutlich. Was wir Freisinnigen längst wissen sollten: Bürokratieabbau ist kein Luxus, sondern Standortpolitik.

Taiwan ist nicht nur für seine Halbleiterindustrie bekannt, sondern auch für seine unternehmerfreundlichen Rahmenbedingungen. Im «Ease of Doing Business»-Index der Weltbank (2020) lag Taiwan auf Rang 15, die Schweiz auf Rang 36. Der Vorsprung zeigt sich in drei Kernbereichen: Unternehmensgründungen dauern kürzer, Genehmigungen kommen schneller, Streitfälle werden zügig entschieden. Wo in der Schweiz oft lange Fristen und hohe Anforderungen gelten, setzt Taiwan auf digitale Prozesse, klare Zeitvorgaben und Liberalismus.

Digitale Verwaltung und neue Strukturen

Ein Schlüssel zu dieser Effizienz ist die kompromisslose Digitalisierung staatlicher Abläufe. Registrierungen erfolgen online, Steuer- und Sozialversicherungsnummern werden automatisch vergeben. 2022 ging Taiwan noch weiter und gründete ein eigenes Digitalministerium, geleitet von Audrey Tang, einer unkonventionellen Tech-Ikone und früheren Hackerin. Die Behörde vernetzt Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft und treibt Innovation voran.

Fokus auf Tech und AI

Parallel richtet Taiwan seine Politik konsequent auf Zukunftstechnologien aus. Neben seiner dominie-

renden Stellung in der Halbleiterfertigung – TSMC hält über zwei Drittel des Weltmarktanteils – investiert das Land gezielt in künstliche Intelligenz, Cybersicherheit und Start-up-Förderung. Die Digitalisierung ist hier strategischer Motor für Wettbewerbsfähigkeit.

Gold Card: Talente ohne Hürden

Ein weiterer Baustein ist seit 2018 die Employment Gold Card. Sie bündelt Aufenthaltsbewilligung, Arbeitserlaubnis und Visum in einem einzigen Ausländerausweis, welcher vollständig online beantragt werden kann. Klare Kriterien sorgen dafür, dass (nur) hochqualifizierte Fachkräfte ins Land kommen – ob aus Technologie, Wissenschaft oder Wirtschaft. Die Karte gilt bis zu drei Jahre, kann verlängert werden und bietet steuerliche Vorteile.

Reformbedarf in der Schweiz

In der Schweiz ziehen sich viele Prozesse noch immer in die Länge, und hohe Einstiegshürden wie Mindestkapital oder komplexe Genehmigungen sind Standard. Eine GmbH-Gründung braucht sechs Behördenkontakte, ein Baugesuch kann Monate dauern. Das bremst den Unternehmertegeist. Ein Auftrag an die Politik!

Warum jetzt der Blick nach Asien lohnt

Die freisinnigen Kernwerte Freiheit, Eigenverantwortung und Leistungsprinzip spiegeln sich in Taiwans Reformen wider. In Zeiten neuer Zölle und geopolitischer Unsicherheit ist wirtschaftliche Diversifikation entscheidend. Taiwan ist ein «Hidden Champion»: technologisch führend, rechtsstaatlich gefestigt, offen für Partnerschaften.

Wer die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sichern will, braucht weniger Bürokratie, knallharte Digitalisierung und Offenheit für echtes Talent. Taiwan zeigt, wie es geht – und dass auch ein kleiner Staat mit klarer Strategie Grosses erreichen kann.



Sebastian Blättler,
Vorstand FDP International

Bild: FDP Frauen beider Basel



Eine starke Stimme für freisinnige Frauen

FDP Frauen beider Basel gegründet

Mit einem breit abgestützten Vorstand und frischen Impulsen startet die Sektion in eine neue Etappe. Der offizielle Kick-Off am 12. September bietet Gelegenheit zum Kennenlernen, zum Vernetzen und zum Einstieg in die gemeinsame Arbeit. Ziel ist es, freisinnige Positionen und frauenpolitische Anliegen in der Region Basel wirksam und sichtbar zu vertreten.

Mehr Informationen:
www.fdpfrauenbeiderbasel.ch



Tamara Hunziker,
Präsidentin FDP Frauen beider Basel

Die freisinnigen Frauen aus Basel-Stadt und Baselland spannen zusammen: Mit der Gründung der bikantonalen Sektion FDP Frauen beider Basel entsteht eine neue politische Kraft, die über die Kantonsgrenzen hinweg denkt und handelt. Aus der Stadtsektion wird eine bikantonale Plattform für freisinnige Frauen, die sich gemeinsam Gehör verschaffen – in der Politik, in der Öffentlichkeit und im Alltag.

Dieser Zusammenschluss ist kein symbolischer Akt, sondern das Resultat gewachsener Zusammenarbeit. In den letzten Jahren hatten sich Frauen aus dem Baselbiet vermehrt in der Basler Sektion engagiert. Mit der neuen Struktur wird diese gewachsene Zusammenarbeit gefestigt und organisatorisch verankert.

Inhaltlich bleiben die Linien klar: Bildung, Gesundheit und Sicherheit im Alltag stehen im Fokus. Gleichzeitig bleibt Raum für weitere Themen, die Frauen in der Region bewegen. In den vergangenen Jahren haben die FDP Frauen Basel-Stadt im Grossen Rat

erfolgreich politische Vorstösse eingebracht, unter anderem im Bereich sexualisierter und häuslicher Gewalt. Auch künftig soll dort angesetzt werden, wo konkrete Verbesserungen möglich und politisch zielführend sind.

Die neue Sektion will nicht nur politisch mitreden, sondern auch Raum für Austausch, Begegnungen und gegenseitige Unterstützung schaffen. Sie organisiert Anlässe, regt zum Austausch an und setzt thematische Schwerpunkte. Sichtbarkeit und Präsenz sind dabei ebenso zentral wie die Stärkung freisinniger Frauen in Wahlkämpfen und Mandaten.



DEIN PARTNER FÜR WAHLWERBUNG

Die FDP und Flyerline spannen zusammen. Als Druckpartner profitierst du von 15% Rabatt auf über 400 Standard-Drucksachen.

- Schweizer Produktion
- Schnelle Lieferzeiten
- Günstige Preise & top Qualität
- Versandaufteilung und weitere Services
- Sortenwechsel für Grossplakate und Allwetterleichtplakate®

* Einlösbar mit dem Code FLFDP25. Mehrfach einlösbar bis 31.12.2025. Gültig für Online-Bestellungen mit einem Flyerline Kundenkonto. Nicht kumulierbar.

gedruckt in der schweiz

flyerline.ch
 Mehr als eine Online-Druckerei

Jungfreisinnige

Bild: Lucio Sansano, Leiter der Arbeitsgruppe, die das neue Positionspapier Medienpolitik ausgearbeitet hat, bei der Vorstellung des Papiers an der Delegiertenversammlung der Jungfreisinnigen Schweiz in Fribourg.



Die Jungfreisinnigen Schweiz fordern in einem neuen Positionspapier eine tiefgreifende Reform der Schweizer Medienordnung. Mit einer deutlichen Senkung der Serafe-Gebühr, der Streichung des Unterhaltungsauftrags aus der Bundesverfassung und einer Teilprivatisierung der SRG wollen sie den Service public auf seinen Kernauftrag beschränken, die Medienlandschaft von Zwangsgebühren entlasten und fit für die digitale Zukunft machen.

Die Medienwelt verändert sich rasant. Streamingdienste, soziale Medien und On-Demand-Angebote prägen den Medienkonsum vieler Menschen, insbesondere der jungen Generation. Doch die jetzigen Strukturen und Regulierungen sind nicht mehr zeitgemäss und werden den neuen Realitäten nicht gerecht. Deshalb fordern wir Jungfreisinnigen mit dem jüngst verabschiedeten Positionspapier eine umfassende Neuordnung der Medienlandschaft.

Serafe-Gebühr: 200 Franken sind genug!

Mit 335 Franken pro Haushalt erhebt die Schweiz eine der höchsten geräteunabhängigen Rundfunkabgaben weltweit – und das, obwohl vergleichbare Länder deutlich effizienter wirtschaften. Unser Positionspapier baut deshalb auf einer klaren Grundforderung auf: Die Serafe-Gebühr ist auf 200 Franken zu reduzieren. Wenn sich die SRG auf einen neu formulierten

Kernauftrag – sachliche Information, Bildung und Kultur – konzentriert, auf teure Unterhaltungsshowes verzichtet und effizienter wirtschaftet, etwa indem sie auf überdimensionierte Reporter-Teams verzichtet, kann die Bevölkerung auch bei reduzierten Gebühren auf ein qualitativ hochwertiges Grundangebot zählen. Doch die Gebühren zu senken, reicht nicht. Wir müssen die Strukturen anpassen, um eine zukunfts-fähige Medienordnung zu schaffen.

Unterhaltung aus dem SRG-Auftrag streichen

Im Jahr 2024 investierte die SRG mehr als ein Fünftel ihrer Mittel in Unterhaltung. Gebührengelder finanzieren heute seichte Satire und Katzenvideos. Solche Inhalte deckt der private Markt längst erfolgreich ab. Zwangsgebühren sollen nur dort eingesetzt werden, wo ein demokratischer oder kultureller Mehrwert für die Schweiz entsteht. Deshalb

wollen wir den Begriff «Unterhaltung» aus dem Verfassungsauftrag für Radio und Fernsehen streichen und zudem die Unterhaltungssparte der SRG ausgliedern und privatisieren. So bleiben erfolgreiche Formate und deren Strukturen bei tatsächlicher Nachfrage erhalten, ohne dass Gebührenzahler dafür aufkommen müssen.

Mehr Ausgewogenheit dank künstlicher Intelligenz

Ferner trägt die SRG eine besondere Verantwortung für ausgewogene und neutrale Berichterstattung. Wiederholte Rügen und der Vorwurf politischer Einseitigkeit haben jedoch das Vertrauen der Bevölkerung erschüttert. Wir fordern deshalb neue Kontrollmechanismen, eine breiter zusammengesetzte Redaktion sowie den Einsatz eines neuen Open-Source-KI-Tools. Dieses soll jährlich eine Sentiment-Analyse des gesamten Programms vornehmen, politische Tendenzen und die Themenauswahl prüfen und so eine ausgewogenere Berichterstattung begünstigen. Die Ergebnisse gehören im Interesse der Demokratie und der Gebührenzahler transparent veröffentlicht.

Weitere Reformfelder

Unser Positionspapier geht über die SRG hinaus. Wir fordern:

- mehr Digitalisierung und Subsidiarität im Radio- und Fernsehgesetz (RTVG),
- eine moderne Medienpolitik zur Stärkung des Lokaljournalismus – durch Investitionen in Infrastruktur statt direkte Subventionen –,
- strenge Transparenzaufgaben für staatsnahe Unternehmen wie Post und Swisscom sowie
- eine klare Absage an die sogenannte Linksteuer, die Inhalte künstlich verteuern und den freien Informationsfluss behindern würde.

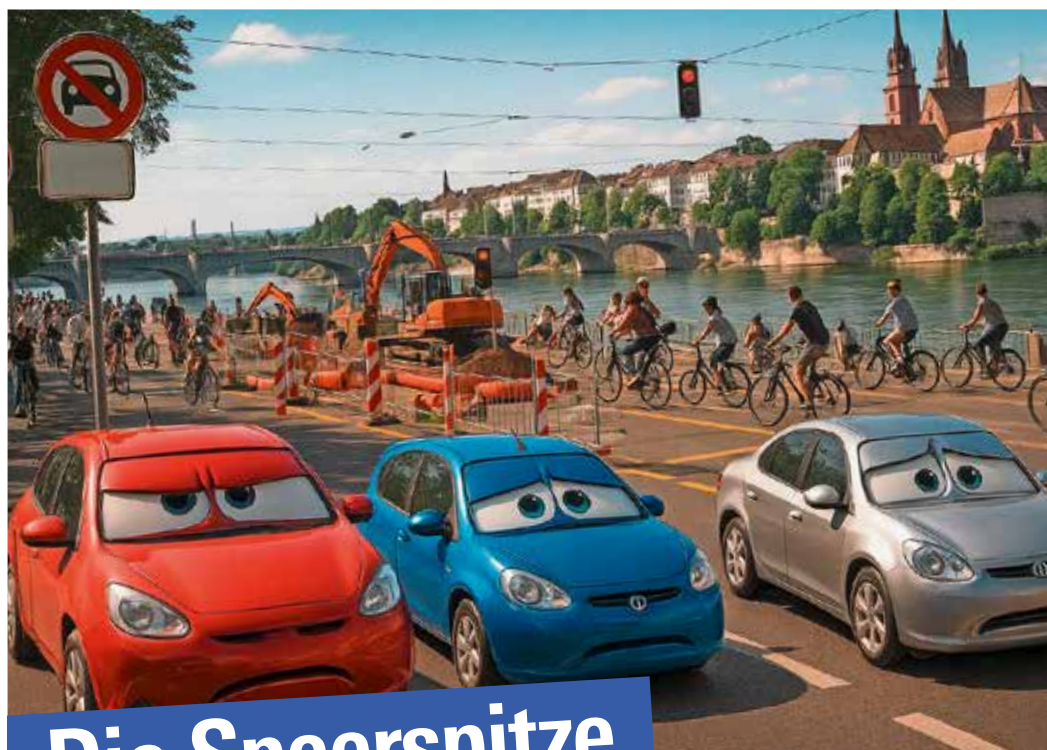


Die Hintergründe zu all unseren Forderungen finden Sie in unserem Positionspapier unter dem hier abgedruckten QR-Code.



Lucio Sansano,
Leiter Medienpolitik Jungfreisinnige,
Nationalratskandidat 2023 FDP BL

Bild: Jannik Kaiser



Die Speerspitze der FDP in den Städten

Schweizer Städte als Labor für links-grüne Ideen auf Kosten der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger

In den vergangenen Jahren wurden unsere Städte zunehmend zum Schauplatz ideologischer Experimente der Linken. Da kann und muss die FDP entgegenhalten: Die FDP Urban wird künftig als Speerspitze fungieren.

Schweizer Städte sind das pulsierende Herz unseres Landes: Sie sind seit jeher Zentren für Innovation, Wirtschaft und Beschäftigung. In den letzten Jahren sind sie jedoch zunehmend zum Schauplatz

ideologischer Experimente der Linken geworden, was zu einer Beeinträchtigung der Lebensqualität und des Wohlstandes geführt hat. Egal in welcher Stadt, überall wiederholen sich die gleichen Probleme:

mangelnde Toleranz gegenüber unseren traditionellen Strassenmärkten, massiver Abbau von Parkplätzen, endlose Bauarbeiten, Werbeverbote, Strafsteuern und vieles mehr.

Wir müssen uns wehren, denn unsere Städte werden unbewohnbar. Wir, die FDP Urban, glauben, dass Freiheit, Sicherheit und Verantwortung die Stadtpolitik leiten müssen.

Ansatz des neuen Komitees

Angeichts der wucherhaften Auswüchse der Linken spielt die FDP Urban eine wesentliche Rolle: Sie koordiniert die städtischen Sektionen der FDP und fördert gezielt liberale Lösungen in den Städten.

Unsere Organisation stellt sicher, dass die FDP-Sektionen von Genf über Lausanne und Zürich bis Basel mit einer Stimme sprechen und über die Stärke eines nationalen Netzwerks verfügen.

Doch unsere Rolle endet nicht hier!

In einem Kontext, in dem die Stadtpolitik einen direkten Einfluss auf die nationale Wirtschaft der Schweiz hat, kommt der FDP Urban eine wichtige strategische Rolle für unser Land und die Partei zu. Bieten wir gemeinsam den Schweizerinnen und Schweizern würdige Städte: mehr Sicherheit, mehr Freiheit, mehr Wohlstand. Die von den Linken geschaffene Situation muss jetzt ein Ende haben – bevor es zu spät ist.



Soroush Yasamy, Präsident FDP Urban



Einladung zum Fachreferat von Peter Regli

Der ehemalige Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, MS ETH, Divisionär aD, äussert sich zur hochaktuellen Weltlage:

«Trump, Xi und Putin: Das Ende der liberalen, regelbasierten Weltordnung»

Mittwoch, 15. Oktober 2025, in Bern
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15,
3000 Bern 22

Auto: im Navigationssystem «Kasernenstrasse 27» eingeben

ÖV: mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse und Papiermühlestrasse bis zur Kaserne

Beginn: 18.45 Uhr, Apéro
Beginn des Referats um 19.30 Uhr

Eintritt frei, keine Anmeldung notwendig

Bild: Simone Richner



Die Schweiz wächst – und mit ihr die Ansprüche an den Staat. Ende 2023 lebten fast neun Millionen Menschen in unserem Land, 1,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Das ist der stärkste Anstieg seit den 1960er-Jahren. Mehr Einwohnerinnen und Einwohner bedeuten höhere Erwartungen: schnellere Verfahren, digitale Dienstleistungen, verlässliche Abläufe. Natürlich braucht es dafür einen funktionierenden Service Public. Aber die einfache Antwort auf steigende Ansprüche darf nicht lauten: mehr Personal, mehr Kosten, mehr Bürokratie.

Stellenwachstum ohne spürbare Wirkung

Die Bundesverwaltung ist in den letzten anderthalb Jahrzehnten stark gewachsen: von rund 32 100 Vollzeitstellen im Jahr 2007 auf knapp 39 000 im Jahr 2024 – ein Plus von gut 21 Prozent. Die Personalkosten legten im gleichen Zeitraum um über einen Drittel zu. Doch spürbar schneller, effizienter oder bürgernäher ist die Verwaltung nicht geworden. Verfahren ziehen sich hin, Schnittstellen bleiben kompliziert, digitale Angebote sind lückenhaft. Mehr Personal hat sich nicht in mehr Wirkung übersetzt.

Das Problem liegt nicht bei den Mitarbeitenden, sondern in veralteten Strukturen, fehlender Digitalisierung und einer ausufernden Aufgabenpalette. Ein moderner Staat muss lernen, mehr Wirkung mit weniger Ressourcen zu erzielen. Dazu gehört,

Routineaufgaben zu automatisieren, Prozesse konsequent zu digitalisieren und klare Zuständigkeiten zu schaffen. «Digital by default» darf keine Parole bleiben, sondern muss Realität werden. Jeder digitalisierte Ablauf spart Kosten, entlastet das Personal und schafft Raum für Aufgaben, die menschliche Expertise erfordern.

Fokus auf das Wesentliche

Der Staat kann nicht alles leisten. Es braucht eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben. Was private Akteure schneller, günstiger oder effizienter erledigen können, sollte nicht in die Verwaltung verlagert werden. Doppelspurigkeiten zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden müssen konsequent abgebaut werden. Klare Verantwortlichkeiten reduzieren nicht nur den Personalbedarf, sondern machen die Verwaltung auch transparenter und bürgerfreundlicher.



Jetzt Mitglied werden

Mitgestalten statt zuschauen

Eine effiziente Verwaltung entsteht nicht von selbst. Sie braucht Führung, Engagement und liberale Stimmen – innen wie aussen.

Werden Sie Mitglied der FDP Service Public und helfen Sie mit, den Staat von morgen zu gestalten. Gemeinsam schaffen wir einen Service Public, der liefert.

Gleichzeitig muss anerkannt werden: Ein Service Public verändert sich nicht allein durch politische Reformen von aussen. Auch die Menschen, die in der Verwaltung arbeiten, prägen Strukturen und Kultur. Je stärker liberale Köpfe dort Verantwortung übernehmen, desto mehr setzen sich Werte wie Effizienz, Eigenverantwortung und Innovation im Alltag durch. Nur wenn diese Haltung auch von innen gelebt wird, kann sich der Staat nachhaltig erneuern.

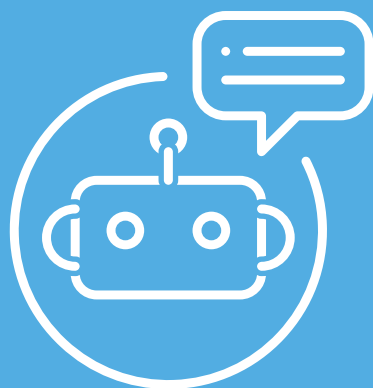
Unsere liberale Vision

Die FDP Service Public steht für einen starken, aber schlanken Staat. Unser Ziel ist Qualität statt Quantität: gezielte Investitionen dort, wo sie unverzichtbar sind, Digitalisierung überall, wo sie möglich ist, und eine klare Fokussierung auf die Kernaufgaben des Staates.

Die Schweiz braucht eine Verwaltung, die Verantwortung übernimmt, Ergebnisse liefert und Ressourcen effizient einsetzt. Ein schlanker Staat ist kein schwacher Staat. Unsere Vision ist ein Service Public, der weniger kostet, weniger Personal bindet und dennoch mehr leistet – digital, bürgernah und zukunftsfähig.



Simone Richner,
Präsidentin FDP Service Public



FAKTEN STATT BEHAUPTUNGEN

Die Bilateralen III

progresuisse setzt sich für eine offene, erfolgreiche und vernetzte Schweiz ein. Dafür fördern wir eine faktenbasierte, konstruktive Debatte über die Bilateralen III. Damit Substanz statt Schlagworte zählen, haben wir den Bilabot entwickelt – einen KI-Assistenten, der auf offiziellen Dokumenten, Gutachten sowie Studien zu den Bilateralen III basiert.

Bilden Sie sich jetzt Ihre eigene Meinung – mit dem Bilabot.

PROGRESUISSE

Mehr erfahren unter
progresuisse.ch



Unsere Parolen

für die nationalen Abstimmungen vom 18. September 2025

Abstimmung vom 18. September 2025

Einführung E-ID



*Bundesgesetz vom 20. Dezember 2024 über den elektronischen Identitätsnachweis und andere elektronische Nachweise (E-ID-Gesetz, BGEID) (BBl 2025 20)

Abstimmung vom 18. September 2025

**Abschaffung
Eigenmietwert**



*Bundesbeschluss vom 20. Dezember 2024 über die kantonalen Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften (BBl 2025 17)

Neue bilaterale Verträge Schweiz–EU

Entscheidungsprozess der FDP

Während die FDP sich schon immer für die Bilateralen I und II einsetzte, ist ihre Position zu den neuen Verträgen mit der Europäischen Union (EU), die in den letzten Wochen und Monaten für viel Wirbel sorgten, noch offen. Die FDP prüft derzeit sorgfältig die Vor- und Nachteile für die Schweizer Bevölkerung und die Unternehmen, bevor die Delegierten an der Delegiertenversammlung vom 18. Oktober 2025 über die Positionierung der Partei entscheiden werden.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind die wichtigsten Handelspartner der Schweiz. Umso wichtiger ist es daher, dass wir verlässliche und stabile Beziehungen zum europäischen Wirtschaftsraum haben. Gleichzeitig müssen die Vor- und Nachteile der neuen Verträge sorgfältig geprüft werden. Anders als andere Parteien jubelt die FDP die Verträge weder hoch, noch verdammt sie sie vorzeitig.

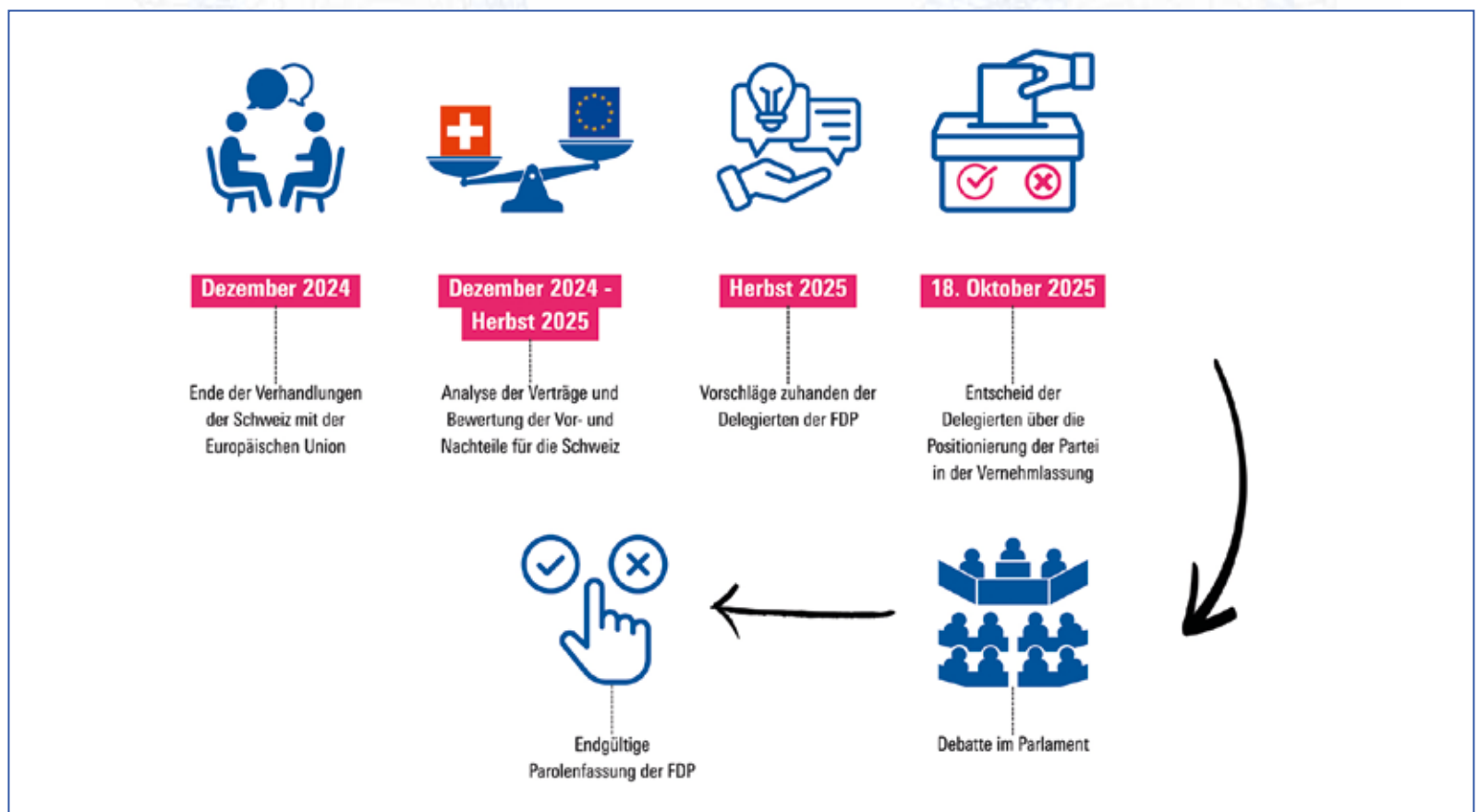
In diesem Sinne hat die FDP eine zwölfköpfige Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die Verträge nun genau prüft. Ziel der Gruppe ist es:

- 1** Die Freiheit und Souveränität der Schweiz zu bewahren, damit wir auch in Zukunft über die Geschehnisse unseres Landes selbst entscheiden können.
- 2** Den Wohlstand zu erhalten, den sich die Schweiz mit Fleiss, Geschick und unter glücklichen Umständen sowie mit enger wirtschaftlicher Vernetzung erarbeitet hat.

Auf Bitte der Parteipräsidentenkonferenz hat die Arbeitsgruppe zwei Aufgaben:

- 1** Die Erarbeitung von Vorschlägen, die den Delegierten der FDP unterbreitet werden, und die Haltung der FDP zu den Verträgen und deren inländischer Umsetzung definieren.
- 2** Die Vernehmlassung dieser Vorschläge in den Parteigremien, in der eidgenössischen Fraktion sowie die Präsentation der Vorschläge gegenüber den Delegierten.

In einem letzten Schritt werden dann sämtliche eidgenössischen Delegierten der FDP anlässlich der kommenden Delegiertenversammlung am 18. Oktober 2025 über die Positionierung der Partei entscheiden.



25 Jahre Bilaterale

Erfolgsmodell mit Zukunft

Die Schweiz ist Weltmeisterin im Globalisieren. Kein Zufall – sondern Strategie. Als kleines Land ohne Rohstoffe in der Mitte Europas haben wir unsere Wirtschaftsbeziehungen breit diversifiziert. Ein Erfolgsrezept.

Doch so global wir auch denken: Geografisch bleiben wir mitten in Europa. Und unser wichtigster Partner ist die EU – historisch kompliziert, aber unverzichtbar.

Der bilaterale Weg ist das beste Beispiel. Ursprünglich als Provisorium gedacht, ist er seit 25 Jahren eine Erfolgsgeschichte. Eine massgeschneiderte, eigenständige, ja, freisinnige Lösung zwischen Anleingang und Beitritt.

Aber: Für die EU ist Stillstand keine Option. Für die Schweiz auch nicht. Während sich der Binnenmarkt dynamisch weiterentwickelt, bleiben unsere Verträge statisch. Institutionelle Regeln für die Rechtsübernahme (nur dort, wo wir uns am EU-Markt beteiligen wollen) und für die Streitbeilegung sind für Brüssel die Bedingung, damit der bilaterale Weg weitergeht.

Der Bundesrat hat alle Alternativen geprüft. Das Fazit ist klar: Der bilaterale Weg dient den Interessen der Schweiz am besten. Darum wollen wir ihn stabilisieren und weiterentwickeln.

Darum lohnt sich das Paket:

- À la carte gesicherter Zugang zum EU-Binnenmarkt dank den Bilateralen I (Luft- und

Landverkehr, Warenhandel, Landwirtschaftsprodukte, Freizügigkeit der Arbeitnehmenden).

- Ein Stromabkommen für mehr Versorgungssicherheit.
- Ein Gesundheitsabkommen zum Schutz unserer Bevölkerung.
- Ein Lebensmittelsicherheitsabkommen für hochwertige Produkte auf unseren Tellern.
- Teilnahme an Forschungsprogrammen wie Horizon.

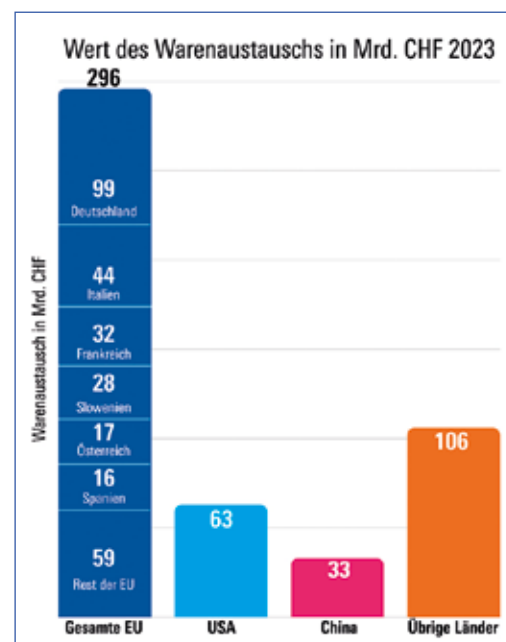
Was für die Schweiz gesichert bleibt:

- Direkte Demokratie: bleibt unangetastet.
- Schiedsgericht: entscheidet im Streitfall, der EuGH erhält keine neuen Kompetenzen.
- Beihilfenregelung: nur in den Abkommen Strom, Land- und Luftverkehr.
- Personenfreizügigkeit: weiterhin nur für Personen mit Arbeitsvertrag. Keine Einwanderung in die Sozialwerke. Neu: eine Schutzklausel bei grossen wirtschaftlichen oder sozialen Schwierigkeiten.
- Lohnschutz: bleibt gewährleistet.

Kurz: Während das institutionelle Rahmenabkommen zu stark die EU-Perspektive widerspiegelt hat, bietet das neue Paket einen fairen Interessenausgleich. Genau das forderte das FDP-Positionspapier von 2022 – und genau das haben wir erreicht.

Warum jetzt?

Weil die Welt sehr unruhig ist: Krieg in und um Europa (Ukraine, Naher Osten, Sudan usw.), neue



Wichtigste Handelspartner, gemessen an der Summe der Exporte und Importe im Jahr 2023 (gerundete Beträge). Quelle: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten.

Blockbildungen, mehr Handelsbarrieren, Rückkehr der Machtpolitik. Die Geografie schafft Fakten.

Deshalb gilt es, die Beziehungen mit der EU zu stabilisieren, mit den USA Lösungen für Handelsbarrieren zu suchen und das Freihandelsabkommen mit China zu modernisieren. Diese drei Partner sind für unseren Wohlstand unverzichtbar: die EU an erster Stelle mit dem weitaus grössten Handelsvolumen, gefolgt von den USA (ein Drittel davon) und China (ein Zehntel). Es geht nicht darum, zwischen ihnen zu wählen, sondern alle drei zu pflegen.

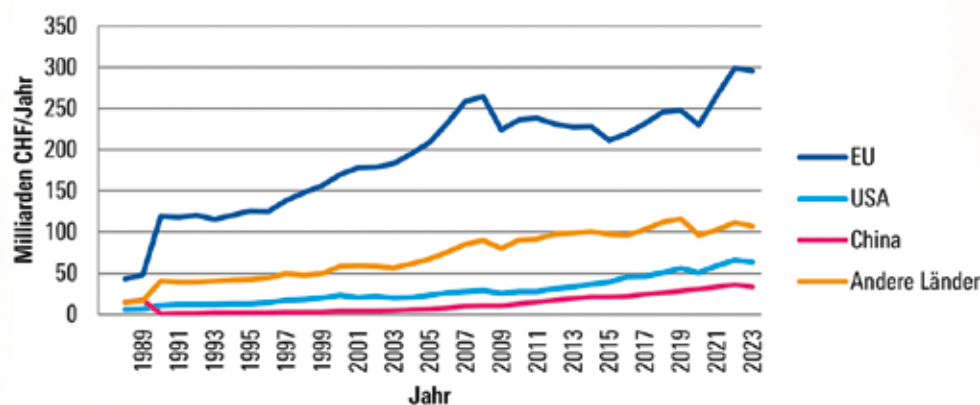
Das neue Paket mit der EU gibt uns Stabilität. In einer unsicheren Welt ist das Gold wert. Der bilaterale Weg ist keine Nostalgie – er ist eine strategische Notwendigkeit.

Oder, um es mit Gottfried Keller zu sagen: «Freiheit muss erkämpft, Wohlstand verdient und Unabhängigkeit immer wieder neu gesichert werden.»



Ignazio Cassis, Bundesrat, Vorsteher Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Entwicklung nach Regionen (1988-2023)



Handelszahlen und Handelsentwicklung der drei wichtigsten Partner EU, USA und China seit 1988.

Verantwortung für unseren Wohlstand

Argumente für die neuen Verträge mit der EU

1999 war es unser FDP-Bundesrat Pascal Couchepin, der die ersten bilateralen Verträge unterzeichnete, die der Schweizer Wirtschaft einen massgeschneiderten Zugang zum europäischen Binnenmarkt ermöglichten. Die Bilateralen haben uns seither **Wohlstand, Sicherheit und Stabilität** gebracht. Vor über zehn Jahren waren es unsere freisinnigen Bundesräte Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann, die als Aussen- und Wirtschaftsminister die Stabilisierung und Weiterentwicklung des bilateralen Weges angestossen haben. **Der Schweizer Mittelstand ist dank der wirtschaftlichen Offenheit vermögend geworden.** Als Exportnation verdienen wir zwei von fünf Franken im Handel mit dem Ausland. **Die Hälfte der Schweizer Warenexporte geht in die EU, unsere wichtigste Handelspartnerin.** Vor allem für Schweizer KMU, die über keine eigenen Standbeine in der EU verfügen, ist der hindernisfreie Marktzugang absolut essenziell.

Im europäischen Vergleich beschreitet die Schweiz mit den Bilateralen einen **einzigartigen Sonderweg**. Wo es in unserem Interesse liegt, haben wir **massgeschneiderte Abkommen** abgeschlossen, in den allermeisten Bereichen bleiben wir Drittstaat und regeln autonom. Die bilateralen Abkommen haben nicht nur den Handel zwischen der Schweiz und der EU vereinfacht, sondern auch die Zusammenarbeit in vielen anderen Bereichen gestärkt, etwa beim Luft- und Landverkehr, bei der Landwirtschaft, der Strafverfolgung und beim Asylwesen. Zudem ermöglichen sie uns die Zusammen-

arbeit in EU-Programmen wie beispielsweise in der Forschung, beim Zugang zu Satelliten oder in Polizei- und Sicherheitsaufgaben.

Heute tragen wir die Verantwortung, diesen erfolgreichen Weg in die Zukunft zu führen. Die geopolitische Lage ist so unsicher wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, die USA sind kein verlässlicher Handelspartner mehr, und der internationale Wettbewerb verschärft sich. In dieser Situation braucht unser Land **Stabilität** – und dafür braucht es verlässliche Beziehungen zu unseren wichtigsten Partnern. **Die Bilateralen III sichern die heutigen Abkommen ab und schaffen Rechtssicherheit für unsere Wirtschaft.**

Grundsatzentscheid: bilateraler Weg – ja oder nein?

Der bilaterale Weg hat sich für die Schweiz als Erfolgsmodell erwiesen. Der Status quo erodiert und ist somit keine langfristige Option. So stehen wir vor einem Grundsatzentscheid: Wenn wir weiterhin den bilateralen Weg gehen wollen, müssen wir die bestehenden Abkommen modernisieren. Ohne eine Modernisierung erodieren die bilateralen Abkommen weiter, und die Schweiz verliert den präferierten Zugang zum EU-Markt, welcher durch die Bilateralen garantiert ist. Die Schweiz würde in für uns zentralen Bereichen wie Handel oder Verkehr schrittweise zum Drittstaat.

Liebe Freisinnige – heute müssen wir uns die Frage stellen: Was für eine Schweiz wollen wir? Stehen

wir zu unseren Wurzeln, indem wir im Interesse des Mittelstandes und der KMU gute Rahmenbedingungen schaffen und damit die Basis für eine prosperierende Zukunft der Schweiz legen? Nehmen wir als FDP die neue geopolitische Realität ernst und sichern uns gute Beziehungen mit unseren Nachbarn? Oder beenden wir die Errungenschaften aus 25 Jahren gemeinsamen Weges?

Die Verträge sind nicht perfekt. Aber es gibt keine perfekten Verträge. Es ist immer ein Geben und ein Nehmen. Wir behalten den vollen Zugang zum Binnenmarkt, ohne EU-Mitglied sein zu müssen. Wir regeln dort, wo wir regeln wollen, überall sonst nicht. Wir übernehmen mit den Bilateralen III gerade einmal 95 von rund 14000 EU-Rechtsakten, abschliessend. Der Streit-schlichtungsmechanismus bedeutet nichts anderes als Fairness. Er sorgt dafür, dass die Schweiz ihre Rechte einfordern kann, wenn sie im Binnenmarkt benachteiligt wird, und umgekehrt. Das ist ein Schutzschild – kein Souveränitätsverlust – und ein echter Vorteil gegenüber heute.

Auf der anderen Seite generieren wir potenzielle Mehrkosten im Familiennachzug von gut 50 Millionen Franken und erhalten einen Automatismus in der Übernahme von Bestimmungen – aber natürlich nur in den Bereichen, in denen wir das wollen, nirgends sonst. Und falls wir trotzdem irgendeinmal etwas wirklich nicht mehr möchten, dann können wir den Vertrag kündigen. Es sind Verträge. **Wir werden im politischen Prozess einige der vorgelegten Gesetze verbessern müssen.** Die vom Bundesrat vorgeschlagene Massnahme im Bereich des erweiterten Kündigungsschutzes lehnen wir zum Beispiel ab. Sie ist sachfremd und wurde von den Gewerkschaften eingebracht.

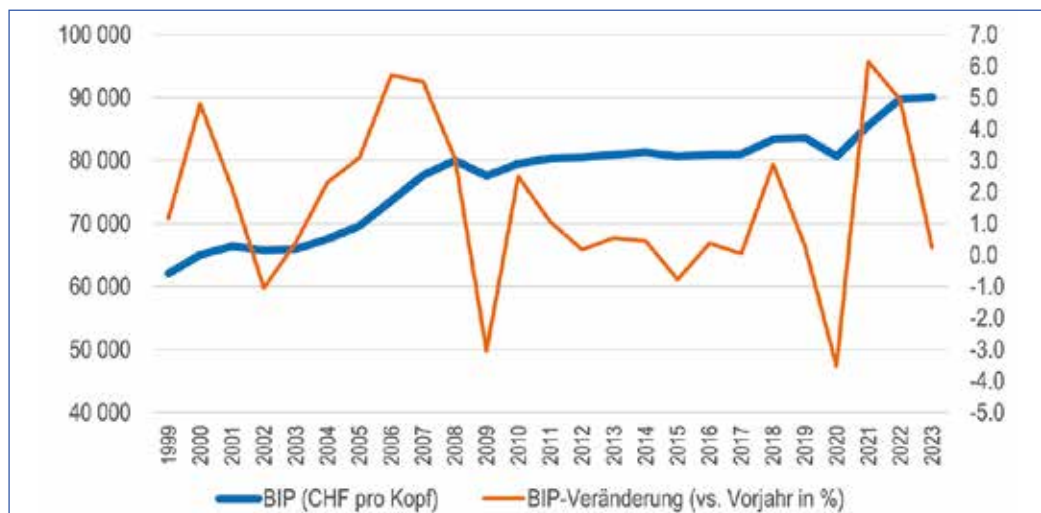
Wie sagen JA, weil:

- wir den Schweizer Wohlstand sichern möchten;
- wir stabile Beziehungen mit unseren wichtigsten Partnern brauchen;
- wir an eine zukunftsfähige Schweiz glauben.

Die Bilateralen III sind kein Risiko – sie sind eine Chance und Investition in unsere Zukunft. Eine Zukunft, die wir als FDP mitgestalten wollen.



Simon Michel,
Nationalrat Solothurn



Entwicklung BIP in der Schweiz: Während wir Schwankungen im BIP-Wachstum zu den Vorjahren erlebt haben, hat das BIP pro Kopf seit der Unterzeichnung der Bilateralen I 1999 um über 50 Prozent zugenommen (links, blau: CHF; rechts, orange: %).



Die Schweiz braucht verlässliche Beziehungen zur EU. Doch die vorliegenden Verträge bedeuten eine unumkehrbare Passivmitgliedschaft und setzen unsere demokratische Ordnung ohne substanziellen Nutzen unter Druck.

Die Schweiz ist wirtschaftlich eng mit der EU verbunden. Die Unternehmen, Hochschulen beider Seiten und letztlich wir alle profitieren vom Zugang zum Markt, von der Forschungszusammenarbeit oder von vereinfachten Reisen. Stabile vertragliche Beziehungen sind deshalb im gegenseitigen Interesse.

Die neuen EU-Verträge sind jedoch mit zentralen Prinzipien unseres Staatsverständnisses nicht vereinbar. Es geht um Grundsätzliches: das Primat des Volksentscheids und eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung.

1 Dynamische Rechtsübernahme: Sanktionen bei Volksentscheid

Kern des neuen Vertragswerks ist die «dynamische Rechtsübernahme». Künftig würde Brüssel entscheiden, was in den sektoriellen Abkommen gilt. Neue Regeln der EU würden quasi automatisch übernommen, sofern sie einen Zusammenhang mit einem Vertragsgebiet aufweisen. Das Schweizer Parlament müsste sie unter Zeitdruck durchwinken – bei Ablehnung drohen Sanktionen.

Auch ein demokratischer Volksentscheid gegen eine neue Regel würde mit Sanktionen belegt wer-

den. Denn im Vertrag ist vorgesehen, dass jegliche Abweichungen zu einseitigen Sanktionen der EU führen. Das Schweizer Stimmvolk dürfte also noch abstimmen, aber nur unter der Drohung von Sanktionen. Das entwertet unsere direkte Demokratie nachhaltig.

2 Geringer wirtschaftlicher Nutzen

Der Bundesrat begründet das Vertragswerk mit wirtschaftlichen Argumenten. Doch selbst wenn – was kaum realistisch ist – alle bisherigen bilateralen Verträge aufgehoben würden, zeigen die Zahlen ein anderes Bild: Eine vom Bund in Auftrag gegebene Studie kommt zum Schluss, dass das Bruttoinlandprodukt pro Kopf über 20 Jahre kumuliert um nur 1,65 Prozent weniger wachsen würde. Das entspricht etwa 0,08 Prozent pro Jahr – weniger als einem Promille. Für diesen minimalen Effekt sollten wir unsere politische Eigenständigkeit nicht so stark einschränken.

3 Migration: Die Realität übertrifft alle Prognosen

Ein besonders sensibler Punkt ist die Zuwanderung – u.a. mit negativen Folgen für den Wohnungsmarkt. Die Erfahrung mit der Personen-

freizügigkeit zeigt: Die Prognosen lagen massiv daneben. Im Abstimmungskampf zur Einführung der Personenfreizügigkeit im Jahr 2000 prognostizierte der Bundesrat netto maximal 10000 Zuwanderer pro Jahr aus der EU. Tatsächlich kamen in den folgenden rund 20 Jahren im Schnitt über 40000 Personen pro Jahr – 2024 sogar über 50000. Statt der prognostizierten 200000 Personen wanderten nahezu ein Million Personen ein.

Die neue Unionsbürgerrichtlinie, die im Rahmen der Verträge übernommen werden soll, würde diesen Trend verstärken: Mit dem erleichterten Familiennachzug könnten Nichterwerbstätige sogar aus Drittstaaten einfach in die Schweiz einreisen, Daueraufenthalt erhalten und eine Ausweisung wäre kaum mehr möglich. Die ausgehandelte Schutzklausel ist eine Fehlkonstruktion und wird kaum je Anwendung finden – ein Papiertiger.

4 Kohäsionsbeitrag ohne eigenständig bestimmbare Zweckbindung

Die Schweiz soll jährlich 350 Millionen Franken Kohäsionsbeitrag leisten – ohne eigenständig bestimmen zu können, wohin das Geld geht. Mit einem Bruchteil dieser gewaltigen Summe von 3,5 Milliarden über zehn Jahre könnte man inländische KMU gezielt unterstützen, um den administrativen Aufwand im EU-Handel zu bewältigen.

Nein nach sorgfältiger Güterabwägung

Ja, die Schweiz will stabile Beziehungen zur EU – aber nicht um jeden Preis. Die neuen Verträge schränken unsere Souveränität zu stark ein. Sie schaffen unumkehrbar eine passive EU-Teilmitgliedschaft und bringen keine substanziellen wirtschaftlichen Vorteile. Statt dynamischer Rechtsübernahme braucht es Verhandlungen auf Augenhöhe. Statt institutioneller Anbindung brauchen wir funktionierende sektorielle Abkommen, wie sie heute bestehen. Das ist kein Nein zur EU, sondern ein JA zur direktdemokratischen Schweiz.



Filippo Leutenegger,
Co-Präsident Arbeitsgruppe EU-Verträge

Bild: Ständerat Hans Wicki (NW) vertrat die Ja-Parole zur Abschaffung des Eigenmietwerts. Foto: Jannik Kaiser



Das Volk entscheidet am 28. September über zwei verknüpfte Vorlagen. Zum einen soll der Eigenmietwert per Bundesgesetz abgeschafft werden. Zum anderen wurde eine Verfassungsänderung beschlossen, mit der die Kantone neu die Möglichkeit erhalten, eine Immobiliensteuer auf Zweitwohnungen einzuführen.

Woher kommen der Eigenmietwert und die Besteuerung eines fiktiven Einkommens?

Zu Beginn gab es in der Schweiz keine direkten Steuern auf Bundesebene und die Einnahmen des Bundes bestanden bis zum Ersten Weltkrieg fast ausschliesslich aus Zolleinnahmen. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914, dem damit verbundenen Einbruch der Zolleinnahmen und den Kosten der Mobilmachung sah sich der Bund jedoch gezwungen, 1915 erstmals eine direkte Steuer zu erheben.

Nachdem 1929 der Börsencrash in New York zu einer weltweiten Wirtschaftskrise geführt hatte, beschloss der Bundesrat 1934 die Einführung des Eigenmietwerts. Die Idee dahinter war einfach: Bürgerinnen und Bürger, die aufgrund des Fehlens von Wohneigentum Miete zahlen mussten, waren finanziell schlechter gestellt als jene mit Eigenheim. Diese Ungleichheit sollte durch die Erhebung einer Steuer auf den Eigenmietwert ausgeglichen werden.

Warum soll der Eigenmietwert abgeschafft werden?

Seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre haben sich die Schweiz und unsere Gesellschaft gewandelt.

Das heutige System führt nicht zu einer finanziellen Entlastung der Mieterinnen und Mieter, sondern viel mehr zu einer Belohnung der Verschuldung: Wer seine Hypothek nicht abbezahlt, profitiert steuerlich. Mit der Abschaffung des Eigenmietwerts wird dieser Fehlanreiz korrigiert und die Eigenverantwortung von Wohneigentümerinnen und Wohneigentümern gestärkt.

Hinzu kommt, dass der Eigenmietwert Familien und ältere Menschen, die ihr Eigentum bereits abbezahlt haben, steuerlich gegenüber Personen mit hohen Hypothekenschulden benachteiligt.

Zuletzt liegt die Einführung einer kantonalen Objektsteuer in der Kompetenz der Kantone. Diese ist kein Zwang, sondern ein freiwilliges Instrument zur Abfederung allfälliger Steuerausfälle.

Was ändert sich mit der Abschaffung des Eigenmietwerts?

1. Die Besteuerung des Eigenmietwerts wird abgeschafft – und zwar sowohl für selbst genutzte Haupt- als auch für Zweitwohnungen. Im Gegenzug entfallen die bisherigen Abzüge für Unterhaltskosten.



Beim Eigenmietwert handelt es sich um ein Überbleibsel der im Ersten Weltkrieg eingeführten Kriegssteuer. Im Bild: Infanterie Rekrutenschule vor der Kaserne Zürich während des Ersten Weltkrieges, Schweizerisches Bundesarchiv (CH-BAR#E27#1000/721#14096#333*).



Amerikanische Briefmarke von 1998, welche an den Börsencrash von 1929 und die damit verbundene Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre erinnert. Foto, Valérie Loiseleux

2. Während einer Übergangsphase können beim Kauf einer Erstwohnung Schuldzinsen für eine gewisse Zeit abgezogen werden.
3. Der Schuldzinsenabzug für vermietete Immobilien bleibt wie bisher bestehen.
4. Die Kantone können weiterhin Abzüge zulassen, beispielsweise für Energiesparmassnahmen, Umweltschutz oder Abbruchkosten.
5. Unterhaltskosten an schützenswerten, historischen Gebäuden bleiben abzugsfähig – sofern sie notwendig sind und nicht bereits durch Subventionen gedeckt werden.
6. Der Abzug von privaten Schuldzinsen wird eingeschränkt und ist nur noch anteilig möglich.



Fanny Dietschi, Verantwortliche «Freisinn»

faire-steuern.ch



Ungerechte Geistersteuer endlich abschaffen!

Wohneigentümer zahlen mit dem Eigenmietwert Steuern auf ein fiktives Einkommen. **Dieses Einkommen gibt es gar nicht. Der Staat hat es frei erfunden.**

Die Geistersteuer Eigenmietwert ist ungerecht. Sie belastet insbesondere ältere Menschen, aber auch junge Familien. Gemäss Bund leiden vor allem Wohneigentümer mit tiefem Einkommen unter der Steuer.

Der Eigenmietwert bestraft alle, die Wohneigentum haben oder erwerben wollen. Auch Wohnräume von Mieterinnen und Mietern sind betroffen.

Besonders störend: Schulden machen wird belohnt. Die Reform der Wohneigentumsbesteuerung macht damit Schluss. Sie ist ausgewogen und fair.

FDP
Die Liberalen

Eigen-
mietwert
streichen

Am 28. Sept.

JA
zu fairen
Steuern

Bild: Matrix, Egor Suvorov (Symbolbild)



Mit der «Grenzschutz-Initiative» der SVP nimmt die wählerstärkste Partei erneut die Personenfreizügigkeit und die damit verbundenen Schengener Vertragswerke ins Visier. Die Annahme dieser Initiative hätte für die Polizistinnen und Polizisten in unserem Land verheerende Folgen, da sie dadurch auf mindestens einem Auge blind wären.

Was ist das Schengener Informationssystem?

Mit dem Beitritt der Schweiz zu Schengen/Dublin erhielten die Schweizer Polizistinnen und Polizisten Zugang zum Schengener Informationssystem (SIS).

Im SIS werden Gegenstände wie gestohlene oder verlorene Ausweisdokumente, Fahrzeuge oder Waffen veröffentlicht. Was aber noch viel wichtiger ist: Auch Personen werden ausgeschrieben. Dabei handelt es sich nicht nur um Personen, die verhaftet werden müssen, sondern auch um solche, die direkt oder indirekt mit organisierter Kriminalität (beispielsweise Menschen- oder Drogenhandel) oder mit Terrororganisationen in Verbindung stehen, terroristisches Gedankengut vertreten oder nicht in den Schengen-Raum einreisen dürfen. Davon betroffen sind auch in der Schweiz verurteilte Straftäter wie beispielsweise Einbrecher.

Welche Auswirkungen hat der Wegfall des SIS?

Heute stehen der Polizei bei Verkehrs- oder Personenkontrollen die Informationen des SIS zur Verfügung, woraus Festnahmen von gesuchten Personen erfolgen können. Ebenso können durch gezielte

Fragen Informationen zu den (Reise-)Absichten einer Person gewonnen und an die entsprechenden Polizeikörper weitergeleitet werden.

Sollte die Grenzschutz-Initiative angenommen werden, würden diese Informationen wegfallen und unsere Polizistinnen und Polizisten auf der Strasse wüssten nicht mehr, wen sie vor sich haben. Sie wären also mindestens auf einem Auge «blind».

Aber auch für die Schweizer Polizeikörper hätte der Wegfall des SIS unschöne Nebenwirkungen. Der internationale Datenaustausch mit anderen Polizei- und Grenzschutzorganisationen müsste neu verhandelt werden. Bis dahin wären die schweizerischen Sicherheitsorgane im Ungewiss darüber, wie und wann sich Gruppierungen, sei es der organisierten Kriminalität oder Terroristen, organisieren oder was sie planen.

Zusammenfassend ist klar, dass durch den Wegfall des SIS ein wichtiges Instrument zur Wahrung der inneren Sicherheit verloren ginge.



Flurin Schmid, Polizist,
Vizepräsident des Verbandes der Kantons-
polizei St. Gallen, Präsident FDP Toggenburg

Herzlichen Dank! Die neue FDP-Datenbank Tocco startet durch

Ihre Spenden haben dieses Projekt ermöglicht



Die Einführung der neuen FDP-Mitgliederdatenbank Tocco steht unmittelbar bevor. Das Tocco-Projektteam biegt somit in die Zielgerade ein, es ist bestens auf den Go live vorbereitet. Dabei geht es um viel: Mit Tocco startet eine entscheidende Grundlage für die Wahlen 2027. Unser grosser Dank gilt all denjenigen, die an Tocco geglaubt und die neue Datenbank mit ihrer Unterstützung möglich gemacht haben.

«Für alle, die den Wecker stellen» gilt auch für das Tocco-Projektteam. Nach etlichen Projekt-Calls, einer viertägigen Poweruserschulung, unzähligen Testszenarien, online durchgeführten Kursen für die Kantone und einer aufwendigen Datenmigration ist es nun so weit: Am 12. September um 12 Uhr wird Tocco für die FDP live geschaltet. Ab dann finden alle Mutationen in unserer neuen Datenbank statt. Damit wird – nach sage und schreibe 17 Jahren – die bisherige Datenbank Adressix abgelöst. Wobei uns das alte Werkzeug noch bis Ende 2025 als Informationstool zur Verfügung stehen wird.

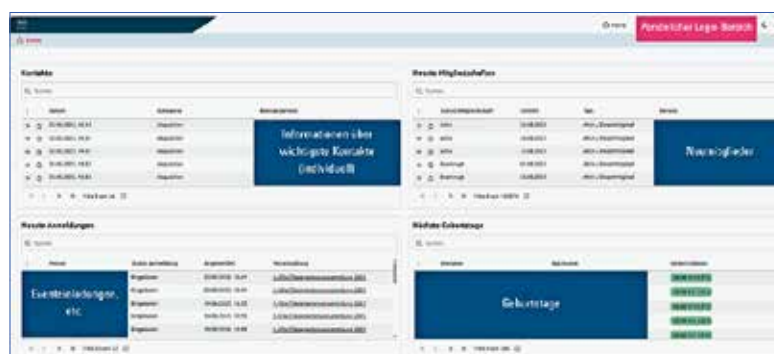
Was für viele Software-Einführungen gilt, gilt auch hier: Einführungen laufen nie ohne Nebengeräusche ab. Das Projektteam ist dafür gewappnet. Im Generalsekretariat der FDP Schweiz steht ein Team von Powerusern bereit, um die Supportanfragen zu beantworten und Hilfestellung zu leisten. Dafür haben wir uns in der Sommerpause vorbereitet, unter anderem mit einer sorgfältigen Dokumentation zur Tocco-Benutzung im Alltag. Im Hintergrund steht auch die verantwortliche Softwarefirma zur Verfügung, um die Kantone und Gemeinden nach Kräften bei der Einführung zu unterstützen. Ziel ist, dass all unsere Geschäftsstellen und Verantwortlichen der FDP die nötige Sicherheit in der Bedienung von Tocco erhalten und

ihre Daten wie gewohnt bewirtschaften können.

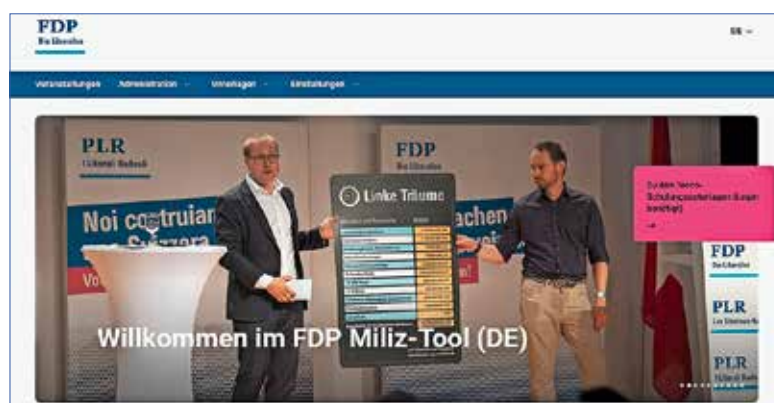
Zu diesem Ziel haben wir intensiv an der Migration der Daten gearbeitet, dem sog. Data-Mapping, um alle Mitgliederdaten in Tocco «greifbar» zu machen. Tocco verfügt über zwei unterschiedliche «Gesichter», also über zwei Bedienungsoberflächen: Die kantonalen Geschäftsstellen werden mit dem Tocco-Spezialisten-Tool arbeiten. Die im Miliz-System organisierten Orts- und Bezirksparteien hingegen werden auf das Tocco-Miliz-Tool zugreifen können. Dieses bietet über ein Intranet künftig auch gleich Zugriff auf die wichtigsten Schulungsunterlagen, Medienmitteilungen und Positionspapiere der FDP Schweiz.

Tocco bildet die Grundlage für die nationalen Wahlen. Die FDP macht vorwärts: Mit der Digitalisierung, der Kampagnenfähigkeit und der intensiven Einbindung der Kantone.

In diesem Sinne wollen wir uns an dieser Stelle sehr herzlich bei allen Sponderinnen und Spendern bedanken, die Tocco möglich gemacht haben. Unser Dank gilt ebenso dem Vorstand der FDP Schweiz, den Verantwortlichen in den Kantonen, den Mitarbeitenden im Generalsekretariat und besonders unserem Projektleiter Lukas Aecherli, der das Projekt mit beeindruckender Hartnäckigkeit vorangetrieben hat.



Screenshot des Tocco-Spezialisten-Tools.



Screenshot des vereinfachten Miliz-Systems.



Kathrin Puhan, Generalsekretariat FDP Schweiz



NEIN zum Asylchaos und zur blinden Polizei

NEIN zur Chaosinitiative!

Mit der SVP-Kündigungsinitiative fallen die Bilateralen Verträge mitsamt der Abkommen Schengen/Dublin weg. Diese sind für unsere Sicherheit fundamental. Die Verträge verhindern, dass 600'000 illegale Migranten in der Schweiz einen zweiten Asylantrag stellen können. **Ohne die Sicherheitsabkommen Schengen/Dublin ist unsere Polizei blind und unsere Grenzwächter dürfen illegale Migranten nicht mehr in ihre Erstaufnahmeländer zurückschicken.** Die Schweiz würde zum Mekka der illegalen Migration. Nicht mit uns!

www.kuendigungsinitiative-nein.ch

FDP
Die Liberalen



**Asylchaos
verhindern!**